

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.575.034

Ihr Zeichen: 3049/J-NR/2025

Wien, 17. September 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Katayun Pracher-Hilander, Kolleginnen und Kollegen haben am 17. Juli 2025 unter der Nr. **3049/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Sicherung der Trinkwasserversorgung bei Wasserknappheit“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4 und 11:

- Welche Gemeinden oder Regionen in Österreich haben seit 2023 Engpässe oder Warnstufen bei der Trinkwasserversorgung gemeldet? (Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesländern und Jahren)
- Wie hoch ist der Prozentsatz der Trinkwasserversorgung durch hauseigene Quellen in Österreich?
- Welche Maßnahmen bestehen zur langfristigen Sicherstellung der Wasserversorgung?
- Wie wird der Informationsaustausch und die Koordination zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bei Wasserengpässen durchgeführt?

- Welche Strategien gibt es, um die Trinkwasserversorgung gegen Naturereignisse und deren Folgen zu schützen?

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) wurden keine Engpässe oder Warnstufen von Gemeinden im Sinne der Fragestellung gemeldet. Während längerer Trockenperioden kann es zu lokalen Engpässen kommen, die aber auch in den letzten Jahren durch Maßnahmen auf Gemeindeebene beherrscht werden konnten und daher nicht gemeldet wurden.

Aufgrund der Siedlungsstruktur und der gewachsenen Versorgungsstruktur variiert in Österreich der Anschlussgrad an die öffentliche Versorgung in den einzelnen Bundesländern. Etwa 7 Prozent der Bevölkerung bezieht ihr Trinkwasser über private Einzelwasserversorgungsanlagen.

Maßnahmen zur langfristigen Sicherstellung der Wasserversorgung umfassen die Erstellung landesweiter Wasserversorgungskonzepte bzw. -pläne durch die wasserwirtschaftliche Planung der Bundesländer, Regelungen in Wasserleitungsordnungen der Gemeinden, Maßnahmen zum qualitativen und quantitativen Schutz von Wasserversorgungsanlagen auf Basis von § 34 und § 35 WRG 1959, Beratungsmaßnahmen durch Dachverbände, Bewusstseinsbildungsmaßnahmen und die Finanzierung (Förderung) von Investitionsmaßnahmen insbesondere für die Errichtung von Ringschlüssen oder Vernetzungen mit anderen Versorgungseinrichtungen oder die Erschließung eines weiteren, vom bestehenden Wasserspender unabhängigen Trinkwasservorkommens. Ergänzend zur Förderung von Leitungssanierungen werden die Wasserversorger bei der Erstellung von digitalen Leitungsinformationssystemen (LIS) finanziell unterstützt.

Darüber hinaus darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2368/J vom 13. Mai 2025 sowie den Trinkwassersicherungsplan (siehe: <https://www.bmluk.gv.at/themen/wasser/nutzung-wasser/trinkwassersicherungsplan.html>, insbesondere Kapitel 4 und 5) verwiesen werden.

Die grundsätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Koordinierung von wasserwirtschaftlichen Planungsfragen ergeben sich aus § 55 Wasserrechtsgesetz 1959 (WRG). Der Informationsaustausch zwischen Bund und Bundesländern erfolgt in regelmäßigen Koordinierungssitzungen sowie bei der Erstellung des Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplans als übergeordnete Planung. Der Trinkwassersicherungsplan sieht eine regelmäßige Evaluierung der Trinkwasserversorgungskonzepte zwischen Bund und Bundesländern sowie deren

Mitwirkung in Arbeitsausschüssen der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW) vor.

Zu den Fragen 5 und 7:

- Welche Förderprogramme oder Finanzhilfen stehen Gemeinden und Wassergenossenschaften zur Verfügung, um ihre Aufgaben erfüllen zu können?
- Welche Forschungsprojekte existieren zur Anpassung der Wasserversorgung an veränderte klimatische Bedingungen?
 - a. Werden diese Projekte gefördert?

Es darf auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2368/J vom 13. Mai 2025 verwiesen werden.

Zur Frage 6:

- Sind alternative Maßnahmen (wie der Einsatz von Regenwasseraufbereitungsanlagen) zur adäquateren Nutzung des Trinkwassers angedacht?
 - a. Wenn ja, in welche Richtung gehen die Überlegungen?
 - b. Welche Vorgaben ergeben sich durch die Bauordnungen der Bundesländer?

Für die Bevölkerung gibt es derzeit keine Engpässe beim Trinkwasser oder beim Wasser für den täglichen Gebrauch. Im Rahmen der Förderung der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft nach dem UFG wurden im Jahr 2022 lokale Versickerungs- und Entsiegelungsmaßnahmen als neue Fördergegenstände aufgenommen. Durch diese Maßnahmen kann mehr Regenwasser direkt versickern und so zum Erhalt des Grundwassers beitragen.

Bei Gebührenmodellen der Bundesländer und Gemeinden, die die Abwassergebühr nach dem Trinkwasserverbrauch berechnen, fallen bei der Nutzung von Regenwasser beziehungsweise Grauwasser entsprechend geringere Abwassergebühren an, womit eine indirekte Förderung dieser Maßnahmen gegeben ist. Für die aktuellen Regelungen der Trinkwasser- und Abwassergebühren und auch für Vorgaben in der Bauordnung sind die Bundesländer und Gemeinden zuständig.

Zur Frage 8:

- Welche Initiativen gibt es zur Förderung eines sparsamen Wasserverbrauchs für Tourismusregionen?

Zur Förderung eines sparsamen und verantwortungsvollen Umgangs mit Wasser setzt das BMLUK eine Reihe von Maßnahmen im Bereich der Bewusstseinsbildung und Information, welche einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen, der die gesamte Bevölkerung einbezieht.

Ein zentrales Anliegen ist es, das Verständnis für die Bedeutung der Ressource Wasser sowie für die Herausforderungen im Zusammenhang mit Klimawandel, Wasserverfügbarkeit und Gewässerschutz in der Gesellschaft zu stärken und einen schonenden Umgang mit dieser lebenswichtigen Ressource langfristig sicherzustellen. Bewusstseinsbildung wird dabei als grundlegende Voraussetzung für nachhaltiges Handeln verstanden.

Zu diesem Zweck betreibt das BMLUK die zwei Webseiten www.wasseraktiv.at und www.genblue.at. Diese Informations- und Bildungsangebote können auch in Tourismusregionen genutzt werden, um Gäste und Betriebe für einen sparsamen Umgang mit Wasser zu sensibilisieren.

Zu den Fragen 9 und 10:

- Welchen Einfluss hat die landwirtschaftliche Nutzung auf die Qualität und Quantität der Trinkwasserversorgung, insbesondere in wasserarmen Regionen?
- Welche Maßnahmen existieren, um landwirtschaftliche Wasserentnahmen nachhaltig zu steuern und die Versorgung in Trockenperioden sicherzustellen?

In Österreich erfolgt die Trinkwasserversorgung aus Grund- und Quellwasser. Bei diffusen stofflichen Belastungsquellen stehen Emissionen von Nährstoffen aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit im Vordergrund. Aktuell überschreiten ca. 9 Prozent der Grundwassermessstellen den Schwellenwert von 45 mg/l Nitrat.

Wasserentnahmen für landwirtschaftliche Zwecke unterliegen den Bestimmungen des WRG, bei Wassermangel bestehen für Behörden unterschiedliche Eingriffsmöglichkeiten, die im bereits erwähnten Trinkwassersicherungsplan des BMLUK dargestellt sind. Ergänzend dazu wird in Zusammenarbeit mit den Bundesländern die Einrichtung eines zentralen Melderegisters für tatsächliche Wasserentnahmen vorbereitet, um verlässliche Datengrundlagen und eine solide Wissensbasis über die Wasserentnahmen zu schaffen.

Der Anteil der Landwirtschaft an den Grundwasserentnahmen ist österreichweit gering (ca. 10 Prozent), regional aber signifikant (z.B. im Seewinkel ca. 90 Prozent). Aktuell ist die verfügbare Ressource in allen Grundwasserkörpern ausreichend, um den Nutzungsbedarf nachhaltig abzudecken. Der Klimawandel kann dazu führen, dass die Ressource insbesondere im Osten Österreichs zukünftig geringer sein wird und lokal bzw. regional Knappheit auftreten kann.

Mag. Norbert Totschnig, MSc

